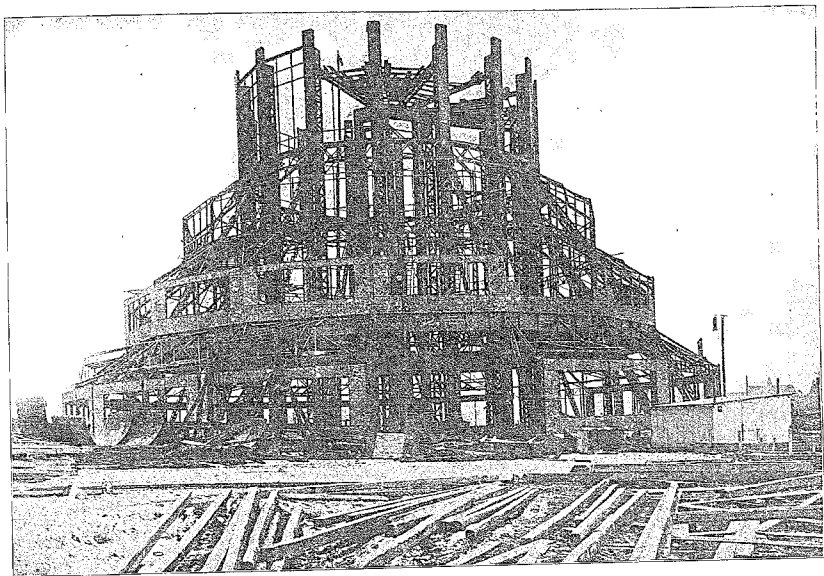


Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke, Breslau I □ Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend. □ Schriftl.: Arch. Prof. Just und Baurg. Sandstr. 10 □ Fernsprecher 3775 u. 71. □ Bezugspreis vierteljährlich 3,— Mark. □ Martin Preuß, beide in Breslau. □

Inhalt: Die Architektur auf der Ostdeutschen Ausstellung Posen 1911. — Hausschwamm und Trockenfäule. — Das Submissionsamt im Königreich Sachsen. — Verschiedenes.



Ostdeutsche Ausstellung Posen 1911. □

□ Oberschlesischer Turm, 4 1/2 Monate vor der Fertigstellung.

Die Architektur auf der Ostdeutschen Ausstellung Posen 1911.

II. (Mit Abbildungen auf Seite 641, 643, 645 und 647, sowie einer Bildbeilage.)

Die offene Industriehalle.

Von dieser ist wohl nur der Innenraum architektonisch bedeutsam. Die Abbildung zeigt die Wirkung der nackten Dachkonstruktion und erbringt den Beweis, daß auch das rein zweckliche schönheitlich einwandfrei wirken kann. Die recht schwierige Zimmerarbeit leistete die Firma Peyser u. Dents in Posen, die übrigens die meisten Ausstellungsbauten hergestellt hat, die Berechnung der Binder Oberlehrer Rottmann in Posen.

Das Hauptbierrestaurant.

Der Entwurf stammt von dem städt. Baubeamten, Arch. Kloth, der gleichzeitig der Schöpfer fast aller großen Hallen und Pavillons ist; seine Leistungen seien hier besonders gewürdigt. Leider entspricht das Äußere des Bierrestaurants nicht dem sonst bewiesenen architektonischen Können; die kalte, etwas harte Wirkung des Loggienbaues wird vielfach bemängelt, ebenso die rosarote Farbe des Anstriches, die mit dem Rot der Dachflächen nicht glücklich zusammengestimmt

ist. Hingegen ist die Grundrißlösung eine in ihrer Klarheit vortreffliche.

Das Hauptweinrestaurant.

Die Abbildungen zeigen den ausgeführten Bau nach dem wurde im Grundriß durch Fortfall der Wirtschaftsräume aus wurde im Grundriß durch Fortfall der Wirtschaftsräume aus dem Keller und Verlegen derselben ins Erdgeschoß abgeändert. Das Äußere ist im Wesentlichen geblieben, jedoch in den einzelnen Abmessungen eingeschränkt. Die Ausführung, die in Generalunternehmung vergeben wurde, hat durch die knappen Mittel vielfach nicht die Wirkungen des Wettbewerbentwurfes erreicht.

Die Einzelpavillons.

Die größeren Pavillons der Bauindustrie sind in dieser Zeitschrift im Rahmen von Sonderabhandlungen besprochen und vorgeführt worden. Nachstehend werden nur noch

einige der größeren Pavillons im Bilde gezeigt und zwar jene der

Oberschlesischen Kohlenkonvention,

eines durch seine gediegene Vornehmheit vielbeachteten Bankwerkes im grünen Edelpatz, und großer, monumentaler Flächenwirkung.

Die vereinigten Königs- und Laurahütte

brachte einen Eisenfabrikbau mit viel Verglasung, wirkungsvoll vortretenden Strebepfeilern und massivem Dach. Besonders anziehend wirkt die Freitreppe vor dem Eingang, der mit seinem gediegenen Türbeschlag sehr glücklich gelöst ist.

Der Pavillon der Maschinenfabrik Kuhl

zeigt eine von den übrigen Maschinenfabriken abweichende Form. Diese beschränkten sich meist auf größere Eisenhallen mit oder ohne architektonische Putzverkleidung. Der Pavillon Kuhl ist mehr als wirksame Kulisse für die Ausstellung der Maschinen im Freien gedacht, enthält aber im Inneren auf 5,50 × 20 m noch genügend Raum für Ausstellungsgegenstände.

Die Hofbucdruckerei Decker

hat einen kleineren, sehr schmacken Pavillon errichtet, der auf dem Kuhlischen Bilde ersichtlich ist.

Eine Zahl sonstiger architektonisch den vorigen durchaus gleichwertiger Pavillons kann hier aus Platzmangel nicht vorgeführt werden. Es ist anderseits bedauerlich, daß mehrere Ausstellungsbauten den sonst harmonischen Eindruck des ganzen Unternehmens stören; eine strengere Zensur der Leitung wäre hier recht erwünscht gewesen. So fällt es auf, daß die Pavillons für Zigarrenverkauf mit vielleicht einer einzigen Ausnahme nicht auf der Höhe der übrigen Bauten stehen, während gerade sonst diese Art Pavillons in ebenso eigenartiger wie architektonisch beachtenswerten Lösungen wettkämpfen.

Alles in Allem ist der künstlerische Wert der Ausstellung ein recht hoher und muß diese als kulturelle Tat für den ganzen Osten anerkannt werden.

A. Grotte in Posen.

DEUTSCHER

Hausschwamm und Trockenfäule.

(Schluß zu Nr. 80)

Dagegen erhebt aber das Reichsgericht einen lauten Einspruch. Es wirft dem Berufungsgericht falsche Gesetzesauslegung vor, sofern in dem Urteil die Geringfügigkeit des Mangels, der jeden Gewährleistungsanspruch, also auch den Preisminderungsanspruch ausschließt, verwechselt worden sei mit der Geringfügigkeit der Preisminderung, die der Käufer wegen des an sich erheblichen und daher vom Verkäufer zu vertretenden Mangels verlangen kann. Weiter muß man dem Reichsgericht in Verfolg der Entstehungsgeschichte des Gesetzes darin recht geben, daß eben nur Geringfügigkeiten das Recht zu Preisabzügen oder zum Vertragsrücktritt nehmen sollen. Schon ein Betrag von 500 M wird gewiß nicht als eine derartige Geringfügigkeit erscheinen, daß sich jede Auseinandersetzung darüber vor den Schranken des Gerichtsvernünftigerweise zu erübrigen hätte. Darnach ist also festgestellt, daß unter Umständen entwickelter Hausschwamm ein nur unerheblicher Mangel sein kann. Über all dem aber wird gewöhnlich nur der echte Hausschwamm meist einen erheblichen Sachmangel einschließen; nur müssen hierüber im Einzelfalle nicht Leitsätze, sondern gut unterrichtete Sachverständige entscheiden.

Als zweiten Punkt von außerordentlicher Bedeutung haben wir des Reichsgerichts Anschauung über den bloßen Schwammverdacht zu verzeichnen. Wie das Reichsgericht nämlich wiederholt ausgesprochen hat, ist nicht allein das Auftreten des Hausschwammes in einem Gebäude ein Sachmangel erheblicher Art. Vielmehr wird schon die bloße Schwammverdächtigkeit, d. i. die dem Gebäude anhaftende Befürchtung des jederzeit möglichen Wiederauftretens des in seinem Keime schwer zu beseitigenden Hausschwammes als ein Fehler angesprochen der den Wert namentlich im

Verkehr erheblich mindert. Es soll somit gesetzliche Gewährleistungspflicht des Verkäufers für Nichtvorhandensein von bloßer Schwammverdächtigkeit bestehen. Danach ist der Verkäufer eines auch nur mit Schwammverdächtigkeit behafteten Gebäudes verpflichtet, den Fehler dem Käufer mitzuteilen, wenn er nicht gegen Treu und Glauben verstoßen will.⁴⁾

Hieraus wird mit Recht die den Baumeistern und Hausbesitzern äußerst drückende Verpflichtung herausgelesen, den Käufern unter allen Umständen von Hausschwammabseuerungen Kunde zu geben, selbst für den Fall, daß solche Abseuerungen von Erfolg gekrönt waren. Denn die Überzahl der Käufer leidet eben die von der Wissenschaft genährte Überzeugung, daß der Hausschwamm doch ein nicht vollständig heilbares Übel ist. Darum der geringere Wert schwammverdächtigter Gebäude. Hingegen hat das Reichsgericht⁵⁾ eine Gewährleistungspflicht wegen verschwiegene Schwammverdachts abgelehnt, wenn der Verdacht auf irriger Grundlage ruhte. In jenem Streitfalle setzte der Beklagte der Klage auf Zahlung des Kaufpreises die Einrede entgegen, er sei zur Wandlung (Rückgängigmachung des Kaufes) berechtigt, weil ihm die Klägerin, die von diesem Mangel Kenntnis gehabt hätte, arglistig verschwiegen habe. Diese Einrede wurde in allen Instanzen verworfen. Es wurde zu ihr zwar festgestellt, daß in dem vorderen und hinteren Gastzimmer des von der Klägerin verkauften Hauses alte Schwammbildungen mit noch lebensfähigen Pilzgeweben nach dessen Übergabe an den Beklagten vorgefunden worden waren, welche zur Zeit des Kaufabschlusses vorhanden waren. Der Berufsrichter hat aber festgestellt, daß die Klägerin bei dem Kaufabschlusse von diesen Schwammbildungen keine Kenntnis hatte. Diese Feststellung ist getroffen, obwohl die Klägerin vor dem Kaufabschlusse geäußert hatte, daß in dem Haus der Schwamm sei. Eine Äußerung dürfte aber dahin ausgelegt werden, daß die Klägerin, nur weil sie irrigerweise angenommen hat, in dem Anbau sei der Schwamm vorhanden oder vorhanden gewesen, auch den Verdacht hatte, daß ebenso der ältere Teil des verkauften Hauses mit Schwamm behaftet gewesen sei. Daß dieser Verdacht dennoch zutreffend gewesen war, erschien darnach als Zufall.

Wir werden von manchem Beispiel auf die Tatsache hingewiesen, daß man seine Haftung für Mängel am Kaufgegenstand durch Vertrag mit dem Käufer ausschließen kann. Sage ich also: „Für etwaigen Hausschwamm, für Trockenfäule oder für Schwammverdacht habe ich nicht,“ nun, so kann mich eben der Käufer, der diese Floskel in seinem Kaufvertrage gebilligt hat, natürlich nicht für das plötzliche Zutagetreten von Mängeln in Anspruch nehmen, derentwegen ich eine Haftung vertraglich ausdrücklich ablehnte. Aber auch hier gibt es vom Gesetze gesteckte Grenzen, welche im Interesse von Treu und Glauben im Verkehrsleben nicht überschritten werden dürfen. Es sollen nämlich von Gesetzes wegen Vereinbarungen, die des Käufers Haftung für Mängel erlassen oder beschränken, dann nicht sein, wenn der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen. Setzen wir also folgenden Fall: Ich verkaufe ein altes Haus, das durch und durch voll Ungeziefer steckt. Von dieser Tatsache habe ich als Verkäufer jedoch keine Kenntnis und bedinge mir nun aus, daß ich für etwaiges Zutagetreten von Ungeziefer nicht verantwortlich zu machen bin. Eine gültige Vereinbarung, die Ersatzansprüche gegen mich den Boden abgräbt. Schließe ich aber die Haftung aus, indem ich dabei mein Bewußtsein von dem Vorhandensein des Ungeziefers verschweige, dann habe ich arglistig gehandelt und der Haftungsschluß schützt mich dann nicht vor Schadenersatzansprüchen.

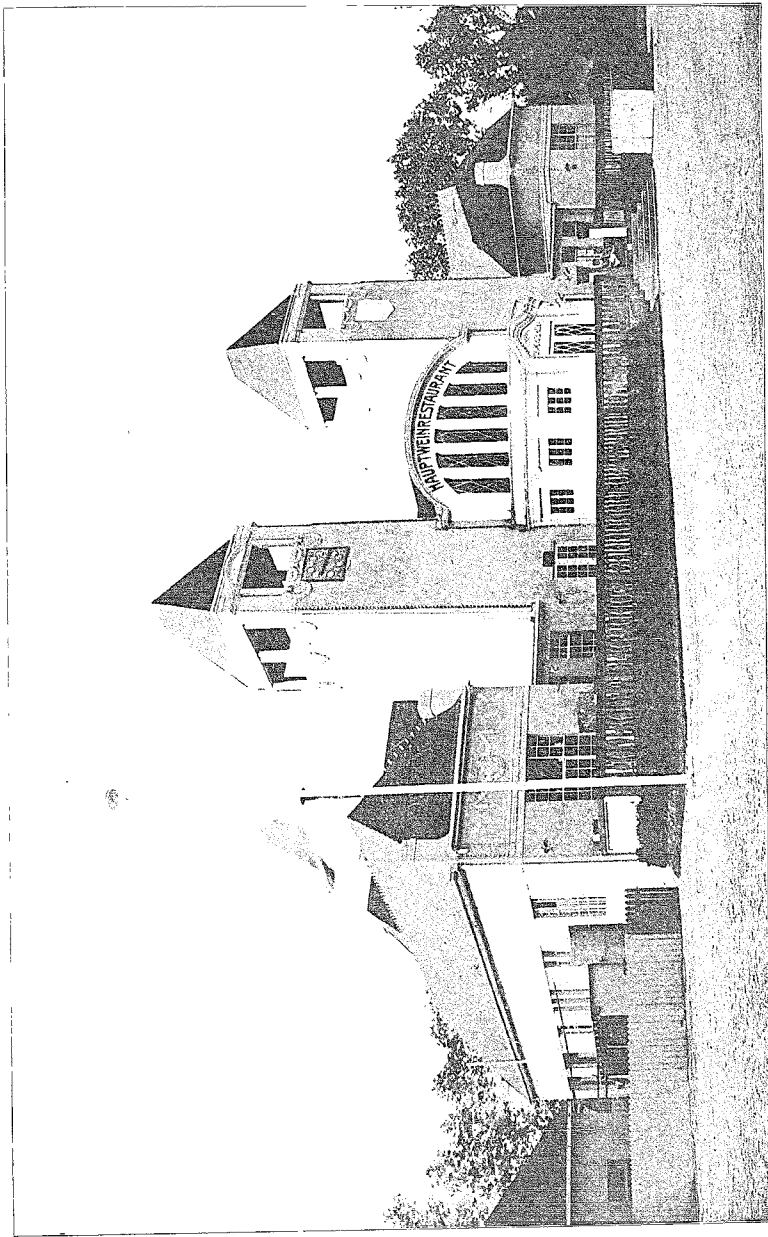
Handle ich jedoch auch dann arglistig, wenn man mir nachweisen kann, daß ich auch nur bei der geringsten Sorgsamkeit den Mangel, für den ich die Verantwortlichkeit ablehnte, hätte kennen müssen? Diese Frage wurde vor einiger Zeit in einem Hausschwammprozeß vom Reichsgericht beantwortet.⁶⁾ Dort war im Kaufvertrage „jede Gewährleistung

⁴⁾ Vergl. Urteil des Reichsgerichts in Seufferts Archiv, Bd. 60, S. 271, und die daselbst zit. Literatur.

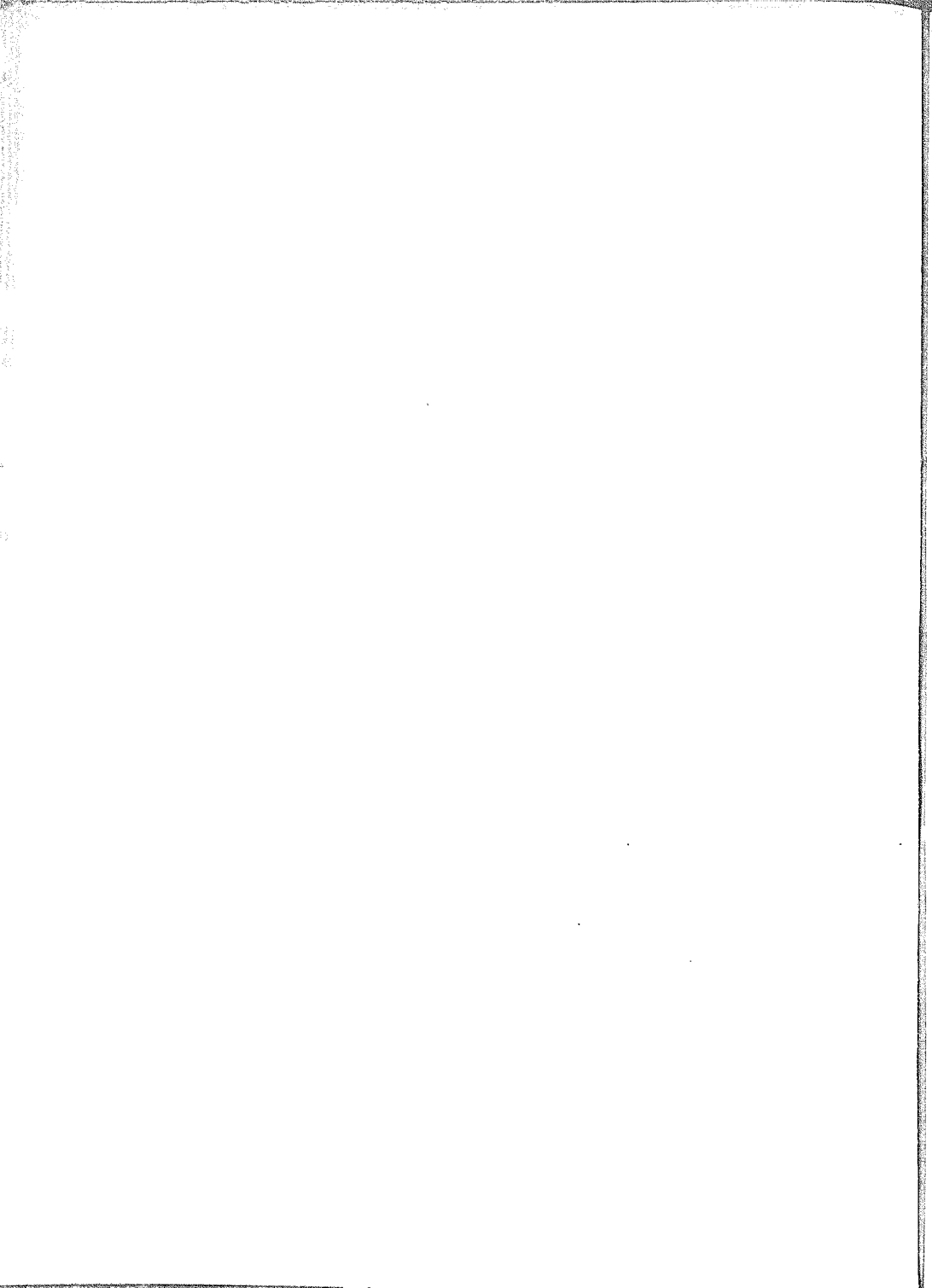
⁵⁾ Zitiert bei Seufferts Archiv, Bd. 59, S. 137 f.

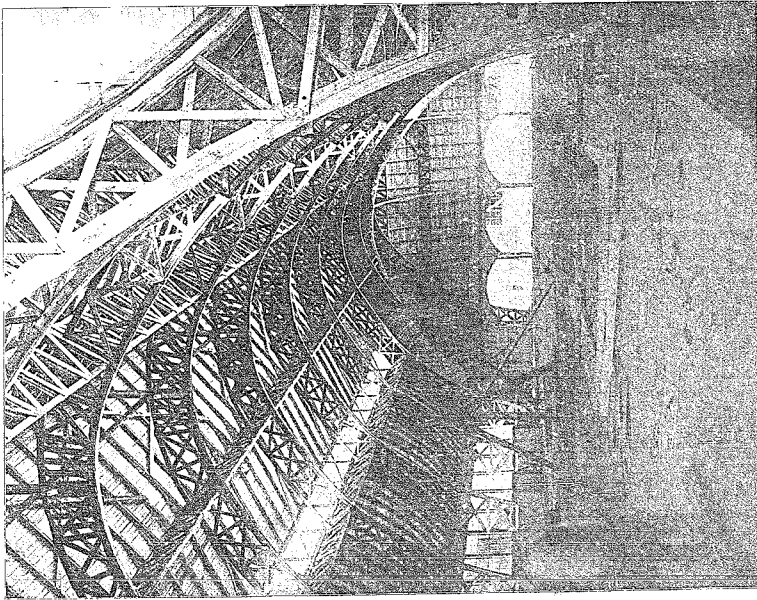
⁶⁾ Wiedergegeben in Seufferts Archiv, Bd. 59, S. 352 f.

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

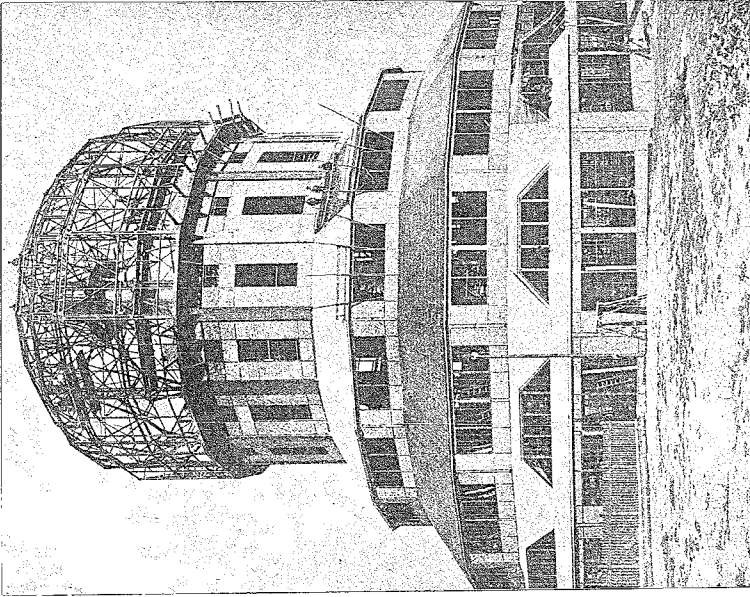


Ostdeutsche Ausstellung Posen 1911. ☐ Hauptweinrestaurant. ☐ Architekt A. Grotte in Posen. ☐ Ostdeutsche Bau-Zeitung. 9. Jahrg. 1911. — Nr. 81.





Stählernes Dach des offenen Innenhofes.



Quadratischer Turm, 1 Minute von der Feststellung.

für den Zustand der mitverkauften Gebäude" ausgeschlossen worden. Der Käufer focht nun den Kauf mit der Behauptung an, der Verkäufer habe das Vorhandensein von Schwamm in den Gebäuden arglistig verschwiegen. Die Unkenntnis der Verkäufer von der Schwammbildung wurde zwar festgestellt, indes verfocht der Gegner die Ansicht, dies genüge nicht; vielmehr sei der Ausschuß der Haftung schon dann nützlich, wenn die Beklagten Schwammkenntnis oder Schwammverdacht hätten haben müssen, was nach Lage des Falles unzweifelhaft anzunehmen sei. In richtiger Rechtsansetzung verwirft das Reichsgericht dagegen eine solche Auffassung als irrig. Vielmehr genügt die bloße Möglichkeit, daß sich der Verkäufer bei gehöriger Aufmerksamkeit und richtigem Denken der Mängel bewußt sein konnte oder mußte, nicht, um eine Arglist zu begründen, weil es in diesem Falle an einem Willen, zu täuschen, fehlt.

Tür und Tor öffnet das Reichsgericht der Kritik an seinen Wahrsprüchen schließlich insofern, als es zufolge einer offenbar unzulänglichen und falschen Belehrung den Schwamm (*merulius lacrymans*) und die Trockenfäule oder wenigstens den Haupttrockenpilz (*polyporus vaporarius*), einander gleichstellt.

Das von mir schon mehrfach angezogene jüngste Urteil des Braunschweiger Oberlandesgerichts weist diese irrigte Auffassung zwar mit der nötigen Vorsicht, aber doch mit einer gute Kenntnis der Sache verrätenden Entschiedenheit zurück. Hier finden wir m. W. zum ersten Male den großen Unterschied zwischen Hausschwamm und Trockenfäule in einem juristischen Wahrsprüche anerkannt.) Danach haben Schwamm und Trockenfäule nicht nur ganz verschiedene Krankheitsreize, sondern auch eine verschiedene Ausbreitungsmöglichkeit und verschiedene Lebensbedingungen. Der *polyporus vaporarius* kann das zu seinem Gedeihen nötige Wasser nicht selbst erzeugen und deshalb nur auf an sich schon feuchtem Holze gedeihen, nicht aber luft-trockenes Holz angreifen. Der Schwammpilz ist dagegen imstande, durch Ausschlebung von Strängen sich das Wasser aus weiter Entfernung zu holen und zu bewirken, daß es sich aus der Luft tränenerartig auch auf vollkommen trockenem Holze niederschlägt, das dann von der Krankheit leicht ergriffen und verzehrt wird.

Mögen deshalb auch die äußeren Krankheitserscheinungen der Pilznehmung und des Geruches, sowie die zerstörende Wirkung der Morschheit des Holzwerkes bei echtem Hausschwamm und bei Trockenfäule ziemlich ähnlich sein, in Wahrheit sind beide grundverschieden. Das Vorkommen des *merulius lacrymans* schließt das Vorkommen des *polyporus vaporarius* in der Regel aus. Nur im Kreise der Bausachverständigen, denen die Möglichkeit der oft recht schwierigen Unterscheidung fehlt, wird beides vielfach durcheinandergeworfen.

Nach solch trefflicher Feststellung der Wesensungleichheit ihrer zwei Holzkrankheiten unternimmt der Richter dem Reichsgericht gegenüber einen höflichen Rettungsversuch. Er erklärt, auch das Reichsgericht wollte in seiner Gleichstellung des Hausschwammes mit der Trockenfäule nicht etwa ausdrücken, beides seien dieselben Fehler. Vielmehr sollten damit nur beide Fehler als wesentliche Fehler eines Bauwerkes gebrandmarkt werden. So gut gemeint aber diese Ehrenrettung auch aussieht, erfolgreich ist sie trotzdem nicht. Denn setzen wir ruhig den Fall, das Reichsgericht habe in den zwei Holzkrankheiten wirklich nicht dieselben Fehler erblickt, so ergibt der Rechtsspruch des obersten Gerichtshofes das eine wenigstens zur Genüge, daß beide Krankheiten hinsichtlich ihrer verheerenden Wirkung doch auf die gleiche Stufe gestellt werden. Diese Gleichstellung schließt aber einen argen Irrtum ein. Ist doch der Hausschwamm in Wirklichkeit viel gefährlicher für die Holzkonstruktion als der *polyporus vaporarius*. Wären die anderen Hauspilze ebenso gefährlich d. h. auf trockenem Holze ebenso wachstumfähig wie der Hausschwamm, so würde jedes Haus rasch baufällig. Ich habe schon sehr viele Häuser gesehen und noch nicht eins gefunden, in welchem bei gründlichem Untersuchen nicht in

irgendeinem Raum sich einer der Hauspilze in lebendem oder abgestorbenem Mycel-Zustand gefunden hätte. *Polyporus*-Arten und *Coniophora*, von denen allen nachgewiesen ist, daß sie feuchtes Holz rasch und stark zu vermorschen vermögen (um nur die häufigsten zu nennen), lassen sich in jedem Hause irgendwo auffinden.

Diese Pilze kommen nämlich bereits beim Bauen mit dem Bauholz reichlich in die Häuser; hier entwickeln sie sich zu nächst, solange der Bau noch nicht ausgetrocknet ist, gehen aber dann zugrunde oder halten sich nur an dauernd feuchten Stellen (Kellerräume, eingemauerte Balkenköpfe usw.).

Wo sollen wir hinkommen, wenn them örtlichen Auftreten die gleiche Bedeutung beigelegt wird, wie dem des Hausschwammes? Jeder Kaufvertrag könnte angefochten werden; einer nicht zu beschreibenden Rechtsunsicherheit würde Tür und Tor geöffnet werden.)

Möchten diese Ausführungen die Bausachverständigen erneut zu einem eingehenden Studium jenes hochwichtigen Kapitels anspornen, damit den Gerichten auf solchem Wege endlich die Befähigung zu einer einheitlichen und billigen Rechtsprechung eingepflegt wird.

Das Submissionsamt in Königreich Sachsen.

Gelegentlich des Ersten Reichsdeutschen Mittelstandstages fand in Dresden eine Versammlung der Sachverständigen des Submissionsamtes der Mittelstandsvereinigung in Königreich Sachsen statt.

Bei der regen Tätigkeit, die jetzt überall auf dem Gebiet des Verdingungswesens entfaltet wird, ist der nachfolgende Bericht des sächsischen Submissionsamtes von Interesse.

Von 600 eingeladenen Sachverständigen, die von den Innungen und gewerblichen Vereinen gewählt sind, hatten 583 dem Rufe Folge geleistet.

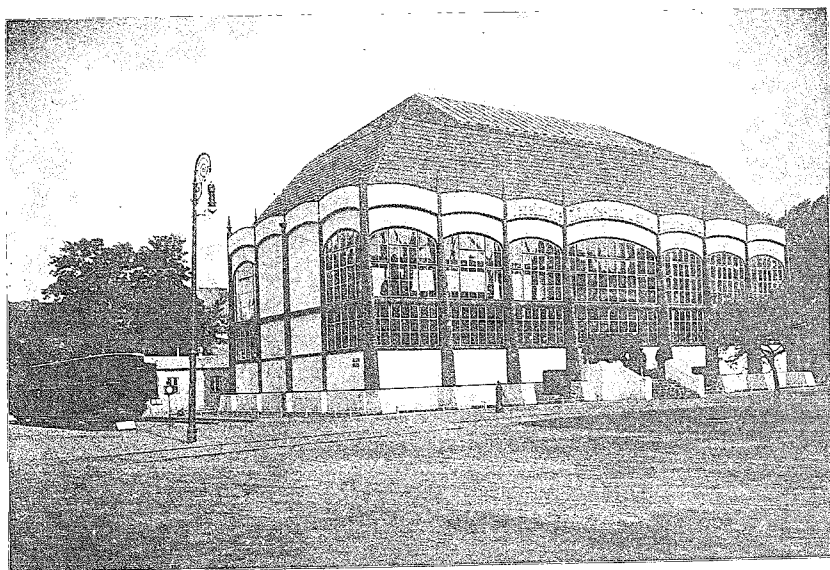
Der Vorsitzende des Submissionsamtes Julius Mäser (Leipzig), eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten um sodann Bericht über die Tätigkeit des Amtes zu erstatten. Das Amt soll den Versuch unternehmen, das Submissionswesen in gesündere Bahnen zu leiten. Das ist eine fiberaus schwierige Aufgabe. Das heutige Verdingungswesen wurzelt in den Anschauungen der Zeit, sein grundlegendes Prinzip ist die Vergabung an den Billigsten. Eine Änderung kann nur durch zähe, langandauernde Arbeit herbeigeführt werden. Diese Arbeit müsse darauf gerichtet sein, dem Handwerk und Gewerbe den der geleisteten Arbeit oder Ware angemessenen Preis zu sichern. Das sei eine Forderung, die man allen übrigen Ständen gegenüber anerkenne und der bei genauer Prüfung auch heute beim Verdingungsverfahren unter der Hand in vielen Fällen nachgegangen werde. Dem billigsten Angebot stehe in sehr vielen Fällen den ausgeschriebenen Bedingungen nicht entsprechende, dem Preise aber angemessene Arbeit oder Ware gegenüber. Das Submissionsamt ist überzeugt, daß durch Anerkennung des angemessenen Preises für die den Ausschreibungen streng entsprechende Güte der Arbeit nennenswerte Erhöhungen der Preise nicht eintreten werden. Der Unterschied zwischen minderwertiger und guter Arbeit werde ausgleichend wirken. Um dem Submissionsamt die Arbeit zu erleichtern, müsse den Behörden gegenüber der Nachweis darüber geführt werden können, daß die geforderten Preise tatsächlich auch den Verhältnissen entsprechend seien. Das kann nur geschehen durch auf genaue Untersuchungen sich stützende Preistarife. Es müsse hier genaue Statistik getrieben werden. Der Berichterstatter erinnert daran, daß der Stand der Dinge in bezug auf den Qualitätsnachweis ein sehr niedriger sei. Qualitätsverschlechterungen bis zu 10 v. H. seien in den meisten Fällen überhaupt nicht nachzuweisen. Der sichere Nachweis solcher Verschlechterungen setze in sehr vielen Fällen erst bei höheren Abweichungen ein. Hierin liege der Erfolg verschiedener Warenhäuser! Die Arbeiten des Submissionsamtes haben sich in den letzten Monaten so vermehrt, daß man von voller Beschäftigung sprechen könne;

) Seufferts' Archiv 1910, Heft 11, Nr. 236.

*) Mez, S. 24.



Hauptbierrestaurant. □ □ Architekt Kloth in Posen.



Vereinigte Königs- und Lärnhütte, A.-G.

es vergehe kein Tag, an dem man sich nicht hilflos suchend an das Amt wende. Das Amt werde auch von den Behörden in Anspruch genommen: es seien zahlreiche Gutachten erstattet worden, welche das Vertrauen zum Amt insgesamt gegeben haben. Die Arbeiten des Amtes würden von der Hauptstelle Leipzig erledigt. An der Spitze des Amtes stehen drei im Ehrenamte tätige Herren. In Dresden sei eine Nebenstelle errichtet worden zur Erledigung der Gemeinden der Kreishauptmannschaft Dresden betreffenden Anfragen. Weitere Nebenstellen könne man jetzt nicht errichten, da man nicht wisse, wie die Frage der Mittel erledigt würde. Das Submissionsamt habe Sachverständige und Vertrauensnämter wählen lassen und man sei dabei zu der stattlichen Zahl von 1600 gekommen.

Die Aufgaben der Sachverständigen wurden des Näheren erörtert und dabei bemerkt: Die Hauptaufgabe des Submissions-Amtes, die Einwirkung auf das Publikum könne nur mit Hilfe tüchtiger Sachverständiger geschehen. Daß diese Sachverständigen segensreich wirken können, sehe man an dem Beispiel der Stadt Dresden, deren Verdingungsordnung in ihrer neuen Fassung den Wünschen des Amtes sehr nahe komme und die als vorbildlich bezeichnet werden könne. Rein geschäftlich sei noch zu erwähnen, daß 146 Konferenzen, 23 Sitzungen und 81 Versammlungen in der Berichtsperiode stattgefunden haben und daß 3587 Eingänge und 3659 Ausgänge ohne 13 160 Drucksachen, die versandt wurden, zu verzeichnen gewesen wären.

Am Schlusse seines Berichtes führte der Berichterstatter noch folgendes aus: „daß die Regelung des Verdingungswesens eine sittliche Aufgabe von Staat und Gesellschaft sei“.

Im Anschluß an den Vortrag des Vorsitzenden ging Bürgermeister Dr. Eberle (Nossen), Mitglied der Oberleitung des Submissions-Amtes im Königreich Sachsen, noch näher auf die Aufgaben der Sachverständigen des Submissions-amtes ein. Diese seien berufen, in allen Fällen Vertrauensleute des Amtes zu werden, auf die sich das Amt stützen müsse. Es falle den Sachverständigen die hohe Aufgabe zu, den Grundsätzen des Submissions-Amtes Geltung zu verschaffen. Insbesondere haben sie darauf zu achten, daß für eine ehrliche, qualitative Arbeit auch ein ehrlicher Lohn erreicht werde, mit anderen Worten, es müsse der Forderung des Submissions-Amtes nach dem angemessenen Preise überall, bei Privaten und Staatsbehörden, Beachtung verschafft werden. Der Redner erläuterte die Frage: „Was ist ein angemessener Preis?“ eingehend und gab den Sachverständigen Handhabungen, in welcher Weise sie bei Ansbung ihrer Tätigkeit diesen Grundsatz zur Geltung bringen könnten.

Verschiedenes.

Geschäftsmoral im Berliner Baugewerbe. Unter dieser Überschrift erschienen in stark verbreiteten Berliner Tages-Zeitungen diese Tage nacheinander kürzere Abhandlungen welche sich mit einem abgegebenen Gerichts-Gutachten von Bausachverständigen beschäftigten. Es sei hier gleich vorausgeschickt, daß durch zielbewußte, auf Sensationshascherei angelegte Berliner Zeitungsnachrichten das Vertrauen des bauenden Privatpublikums zu dem realen Baugewerbe im allgemeinen und zu den Architekten als Vertrauenspersonen des Bauherrn im besonderen nicht gerade geloben wird und so auch bei dem hier veröffentlichten Gutachten. Der Sachverhalt, soweit er hier in Betracht gezogen werden soll, war kurz folgender:

Ein Architekt hatte für eine Bauherrin einen Umbau übernommen und als sich dann die Zahlungsfähigkeit der Bauherrin herausstellte, versah der Architekt die Wechsel mit seinem Giro und soll dabei gegen 80 000 M aus seiner Tasche gezahlt haben. Von diesem Zeitpunkt ab betrachtete er sich als Unternehmer und machte den üblichen Aufschlag auf die Handwerkerrechnungen. Es kam darum zu einem Prozeß. Der Bauleiter wurde vor dem Schöffengericht und auch kurzlich vor dem Landgericht zu 1000 M Geldstrafe wegen Betruges verurteilt, obwohl Revision eingeleitet sein soll. Die beiden vom Beklagten geladenen Sachverständigen Fürst,

Schaumburgischer Hofbaurat Albert Wehe und der Direktor der Berliner Hochbaugesellschaft Ludwig Schmilling erstatteten vor Gericht ihr Gutachten. Die zuerst von den Zeitungen verbreitete Tatarennachricht des abgegebenen Gutachtens lautete:

Daß in dem Vorgehen des Angeklagten ein Betrug nicht zu sehen sei, indem sie erklärten, das Abändern der Handwerker- und Lieferantenrechnungen für den Bauherrn gehöre zu den herrschenden Gebräuchen im Berliner Baugewerbe. Der Sachverständige Wehe fügte außerdem hinzu, er seinerseits wende dieses Verfahren sogar den Ministern als Bauherrn gegenüber an. Übrigens kenne jeder unterrichtete Bauherr diese Geschäftsstricks der Berliner Architekten und lasse deshalb seine Baumeister heimlich kontrollieren; geschehe das nicht, so komme eben dem Baumeister ein höherer Profit zugute.

Der andere Sachverständige äußerte sich in ähnlicher Weise.

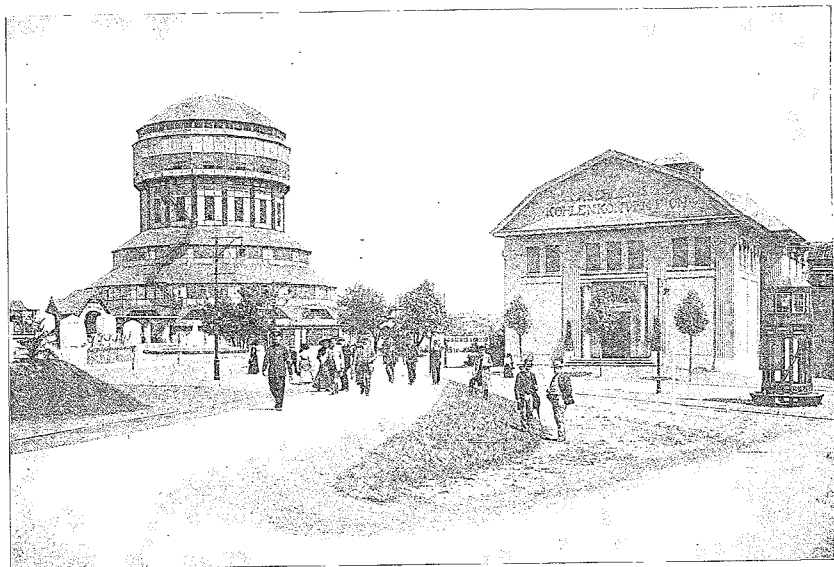
Jeder Fachmann wird beim Lesen dieser Zeilen den Kopf geschüttelt haben und tatsächlich mußten sich auch nach einigen Tagen die Zeitungen zu folgender Berichtigung verstehen:

Die Sachverständigen haben es ausdrücklich als unzulässig bezeichnet, wenn ein Bauleiter sich in irgendeiner Form Provision oder Verdienste neben dem ihm zustehenden Bauleiterhonorar verschaffe. Solche Vorkommnisse haben sie ausdrücklich als Unsitte bezeichnet. Dagegen haben sie erklärt, daß von dem Bauleiter der Baunternehmer zu unterscheiden sei, der im eigenen Namen und für eigene Rechnung dem Bauherrn den Bau herstelle. Als üblicher Verdienst solcher Baunternehmer ist es bezeichnet worden, daß dem Bauherrn ein Preis gemacht werde, der sich aus den Selbstkosten, das heißt, den Forderungen der Lieferanten und Handwerker und einem Aufschlage als Unternehmergewinn zusammensetzt. Die Sachverständigen haben sich dahin geäußert, daß, nach Lage des Falles, der Angeklagte, der ursprünglich Bauleiter war, nach dem bald erfolgenden Ausscheiden des früheren Generalunternehmers als Baunternehmer anzusehen sei, da er die Verträge für eigene Rechnung abgeschlossen hat und 88 000 M bares Geld aus eigener Tasche an die Handwerker bezahlt hat.

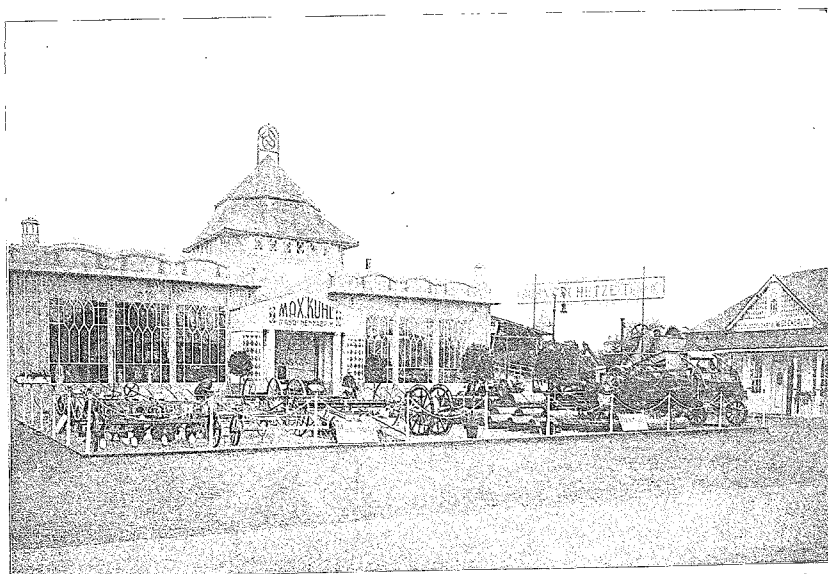
In dieser Angelegenheit hat bereits der „Verband Deutscher Architekten und Ingenieur-Vereine“ und der „Verband der Baugeschäfte von Berlin und Vororten“ öffentlich Stellung genommen, aber leider, wie es bei solchen, anfänglich falsch verbreiteten Nachrichten immer der Fall sein wird, macht sich das Privatpublikum doch darüber seine eigenen Gedanken, und wie schon Eingangs erwähnt, wird das Vertrauen zu dem realen Baugewerbe auf diese Weise untergraben. — Betreffend der Architekten-Schmiergelder sind schon zahlreiche Urteile ergangen, welche auch an dieser Stelle veröffentlicht sind, so zuletzt ein Urteil vom Oberlandesgericht in Kiel vom 1. Mai 1911 (vergl. Ostf. Bau-Ztg. Nr. 73/1911).

Verbands-, Vereins- usw.-Angelegenheiten.

3. Internationaler Kongreß für Wohnungshygiene. Am 3. d. Mts. wurde in Dresden der 3. Internationale Kongreß für Wohnungshygiene eröffnet, wobei alle Kulturstaaen, mit Ausnahme von Italien und der Türkei, vertreten waren. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen hielt Gehl. Med.-Rat Prof. Dr. Flüge aus Berlin einen Vortrag über „Wohnungshygiene im Hochsommer“. Der Vortragende wies dabei auf den letzten sehr heißen Sommer hin und erklärte, daß das wichtigste Mittel, die gesundheitsschädlichen Folgen der Hitze von dem Menschen abzuhalten, die Schaffung von hygienischen Wohnungsverhältnissen sei. Die Maßnahmen, in den Wohnungen künstliche Kälte zu erzeugen, seien sehr teuer und bedenklich, und wäre es ratsam, bei den Hausmanern Vornamern anzubringen, wo in dem Zwischenraum die Luft zirkulieren kann, was allerdings sehr schwer durchzuführen ist. Der Einbau von Wohnungen in Dachstühle mußte unbedingt verboten werden. Ein einfaches Mittel für die Isolation der Häuser gegen die Wärme, ist die Anpflanzung von Blattpflanzen, die die Wände überziehen. Das beste



Oberschlesische Kohlenkonvention □ □ Architekt Zühmann in Charlottenburg.



Pavillon Kühl. □ □ Architekt Grotte in Posen.

Pavillon Decker. □ □ Architekten Raeder u. Meister in Posen.

Mittel ist natürlich weiträumige Bauweise, wobei der Grund nur von 1 bis 2 Stockwerk bebaut wird. Sodann sprach Dr. Beschorner-Presden über Tuberkulose und Wohnung. Der Redner führte an, daß sich die sonnenlosen, feuchten und schmutzigen Wohnungen häufen und mit ihnen auch die Tuberkuloseerkrankungen. Ferner trägt daran der Mangel an mittleren Wohnungen schuld, die ungeeignete räumliche Anordnung und die Mißverhältnisse zwischen Zunahme des Arbeitsverdienstes und Steigen der Kinderzahl. Besondere Beachtung verdienen die Wohnklasse der Dienstmädchen und die Portierwohnungen. Sodann hielt Nervenarzt Dr. Haenel-Dresden einen Vortrag über das Thema: „Die Wohnung und der Lärm“. Er betonte, daß bei Anlage und Bau von Wohnungen auf industriellen Lärm, Straßenlärm, Nachbarlärm und selbst erzeugten Lärm Rücksicht zu nehmen sei, ferner auf die Erderschütterungen der Luft und Erschütterungen fester Gebäudeteile. Gefängnisdirektor Dr. med. Pollitz sprach über Gefängnis-Hygiene. Generalsekretär Marié Davy-Paris erörterte die Frage der Bekämpfung der Wohnungskrankheiten durch Reinhalten und Desinfektion. Baurat Mittelbach behandelte sodann die Frage der wirtschaftlichen Ausnutzung von Dachgeschossen. In der Sektion für Gesetzgebung, Verwaltung und sonstiges hielt Geh. Hofrat Prof. Dr. Wuttke-Dresden einen Vortrag über Zweckverbände und Wohnungswesen. Der Redner führt an, daß für die Unterbringung des Bevölkerungszuwachses in den Städten aber auch auf dem Lande organisch zu sorgen sei. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Fragen des Volkslebens, aber durch eine gute Lösung kann hier viel Gutes gestiftet werden. Über die Finanzierung von genossenschaftlichen Kleinwohnungsbauten berichtete Dr. Joh. Lostak-Prag nach den in Österreich gemachten Erfahrungen. Er empfiehlt an allen Orten, wo Wohnungsmangel besteht, Baunternehmen von Kleinwohnungsbauten gegenüber den anderen Baunternehmungen in bezug auf Erwerbung, Aufteilung und Bebauung geeigneten Terrains in ausgiebiger Weise zu begünstigen. Kgl. Baurat Prof. Dietsel-Dresden hielt einen Vortrag über Banordnung und Wohnungshygiene. Er wies darauf hin, daß die Zurückhaltung der Baugesetzgebung sich wohl auf den Mangel allgemein gültiger technischer Grundlagen in bezug auf gesundes Bauen gründet. Dr.-Ing. S. Klein-München regte die Schaffung von Aufsichts- und Beratungsstellen an, welche speziell hygienische, materialtechnische und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte in ihren gegenseitigen Beziehungen bei allen Baufragen zu behandeln haben. Über Elektrizität und Wohnungshygiene sprach Wikander-Berlin und führte an, daß bei dem heute üblichen Strompreis die Petroleumbeleuchtung der kleinen und kleinsten Wohnungen durch elektrisches Licht zu ersetzen sei. Oberbaurat Schmidt-Dresden referierte über Kleinhausbau oder Massenmietshaus? Er erklärte, daß es im allgemeinen als erwiesen gelten darf, daß der Kleinbau in seiner geräumigen Gestaltung gegenüber dem Massenmietshaus den Vorzug verdient. In einem Vortrag über Badeeinrichtungen und Warmwasserverbreitung empfahl Ingenieur Focke-Dresden, in erster Linie Badewannen aus Feuerton oder emailliertem Gußeisen zu verwenden, aber auf keinen Fall Zinkwannen. Regierungsbaumeister Metzel-Dirschau sprach sodann in der Sektion für Schulgebäude, Internate, Herbergen usw. über Ledigenheime. Über die Erleichterung des Badens und der Wäscheeinrichtung in mittleren Haushaltungen sprach Direktor Paul Ruschewyche. Es sei anzustreben, daß die Mietwohnungen für mittlere Haushaltungen geräumigere, hellere und besser gelüftete Baderäume erhalten als bisher. — Der nächste internationale Wohnungshygiene-Kongreß findet 1913 in Antwerpen statt.

Wettbewerb.

Nordhausen a. Harz. Zur Erlangung von Ideenentwürfen für ein Museum im Anschluß an das alte Museum am Friedrich-Wilhelmplatz schreibt der Magistrat unter den deutschen Architekten einen Wettbewerb mit Frist bis zum 15. Januar 1912 aus. An Preisen sind ausgesetzt: Ein 1. Preis von 2500 \mathcal{M} , ein 2. Preis von 1700 \mathcal{M} und ein 3. Preis von 900 \mathcal{M} . Der Ankauf von zwei weiteren Entwürfen für je 500 \mathcal{M} ist vorgesehen. Das Preisrichteramt haben über-

nommen: Oberbürgermeister Dr. Contag in Nordhausen, Stadtbaurat Geißler in Nordhausen, Geh. Baurat Dr. Ing. Hoffmann, Stadtbaurat in Berlin, Landesbaurat Hiecke in Merseburg und Geh. Baurat Prof. Dr. Ing. Licht in Leipzig. Die Wettbewerbsunterlagen sind von dem Magistrat der Stadt Nordhausen a. Harz, Stadthaus Zimmer Nr. 6 gegen bestellgeldfreie Einsendung von 3 \mathcal{M} erhältlich.

Wettbewerbsergebnis.

Forst (Lausitz). Zu dem Wettbewerb, betreffend den Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses (vergl. Ostf. Bau-Ztg. S. 398/1911) gingen 31 Entwürfe ein. Der erste Preis von 500 \mathcal{M} wurde dem Entwurf mit dem Kennwort „Dresdener Hygiene-Ausstellungsmarke 1911 (Auge)“, Verfasser Architekt Fritz Welmer in Forst und Richard Starig in Bad Kreuznach zuerkannt. Den zweiten Preis von 300 \mathcal{M} erhielt der Entwurf mit dem Kennwort „Krankenwohl“, Verfasser Architekt Wilhelm Winkler in Charlottenburg und den dritten Preis von 200 \mathcal{M} der Entwurf mit dem Kennwort „Dresdener Hygiene-Ausstellungsmarke 1911 (Auge)“, Verfasser die Architekten Fritz Welmer in Forst und F. M. Krautschick in Dresden. Zum Ankauf empfohlen wurde der Entwurf mit dem Kennwort „Rhythmische Klänge“, Verfasser Architekten Gebr. Langenberg in Kassel.

Rechtswesen.

„Stillschweigen auf ein Bestätigungsschreiben.“ Daß derjenige, welcher mit dem Inhalt eines Bestätigungsschreibens nicht in allen Stücken einverstanden ist, seine abweichende Ansicht unbedingt dem Gegner zu erkennen geben muß, ist wiederholt in Gerichtsentscheidungen zum Ausdruck gebracht worden. Mit einem besonderen Falle dieser Art hatte sich vor einiger Zeit wiederum das Reichsgericht zu beschäftigen.

Zwischen Käufer und Verkäufer war ein großer Abschluß mündlich zustande gekommen, und dem Käufer war eine kleine Probe übergeben worden, die für die Lieferung des Postens maßgebend sein sollte. Am folgenden Tage sandte der Verkäufer dem Käufer ordnungsgemäß einen Brief, welcher die festgestellten Bedingungen des Kaufes enthielt. Hierauf antwortete der Käufer, doch enthielt sein Schreiben einige kleine Abweichungen von den Bedingungen des Vertragsgegners. Der Verkäufer antwortete nun nicht weiter, und nach einiger Zeit sandte er eine kleine Probe des großen Postens, dessen Lieferung für die nächsten Tage in Aussicht gestellt wurde. Der Käufer nahm sofort eine sorgfältige Prüfung der Probe vor, fand diese nicht genau in Übereinstimmung mit dem bei Abschluß des Kaufes zugrunde gelegten Muster, und darüber kam es zu Streitigkeiten zwischen den Parteien. Nach den seinerzeit von dem Verkäufer festgelegten Bedingungen konnte der Käufer die geringe Abweichung in der Qualität nicht zum Anlaß der Zurückweisung der Ware machen, dagegen konnte es der Käufer nach den Bedingungen, die er selbst in seinem Schreiben bekannt gegeben hatte.

Der Verkäufer vertrat vor Gericht die Ansicht, er habe auf die in dem Schreiben des Käufers neu aufgestellten Bedingungen nicht eingehen brauchen; einmal sei der Kauf mündlich perfekt geworden und dann habe er die Bedingungen des Kaufes nochmals schriftlich festgelegt; für ihn habe es genügt, daß der Käufer auch schriftlich sein Einverständnis mit dem Kaufe erklärte; wenn der Käufer in seinem Bestätigungsschreiben nun wieder noch andere Bedingungen aufstellte, so habe er, der Verkäufer, sich garnicht darum zu kümmern brauchen.

Das Reichsgericht hat diese Ansicht nicht gelten lassen. Schon häufig habe sich der oberste Gerichtshof dahin ausgesprochen, daß das Stillschweigen eines Kaufmanns auf eine ihm gegenüber abgegebene Willenserklärung nach den Umständen des Falles als Zustimmung zu der Erklärung angesehen werden und demgemäß auch eine vertragsbegründende Bedeutung haben kann. Sonach war der Käufer hier zu der Annahme berechtigt, der Verkäufer stimme mit den von dem Käufer erklärten Abweichungen von den Bedingungen des Kaufes überein. (Urteil des Reichsgerichts vom 10. April 1911. — Nachdruck verboten.)